

Annette Widmann-Mauz MdB

PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



Wachstumskräfte in Deutschland stärken – Ergebnisse des Koalitionsausschusses



Liebe Leserinnen und Leser,

Diese Woche im Deutschen Bundestag stand für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Zeichen der Ergebnisse des Koalitionsausschusses und des bevorstehenden 24. Bundesparteitages der CDU Deutschlands vom 13. bis 15. November in Leipzig. Die Ausgangslage: Deutschland ist ein Fels der Stabilität in Europa. Seine Wirtschaft ist stark.

Der Zusammenhalt in der Gesellschaft ist intakt. Es gibt die geringste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich auf dem geringsten Stand in ganz Europa. Besonders erfreulich ist, dass auch die Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig sinkt. Die Neuverschuldung wird von der christlich-liberalen Bundesregierung konsequent zurückgeführt. Deutschland ist stärker aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise herausgekommen, als es

hineingegangen ist. Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze sind so eng wie in kaum einem anderen Land von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig. Die weltweiten Wachstumsaussichten haben sich in den letzten Monaten abgeschwächt. Ein Grund dafür ist die Staatsschuldenkrise in einigen Mitgliedstaaten des Euroraums. Deutschland kann es auf Dauer nur gut gehen, wenn es Europa gut geht. Dazu setzt die Bundesregierung auf der einen Seite die konsequente Haushaltskonsolidierung fort, um die Bedingungen der Schuldenbremse zu erfüllen. Dies hat für die christlich-liberale Koalition Priorität.

Auf der anderen Seite wollen wir alles tun, um die Wachstumskräfte in Deutschland weiter zu stärken. Dabei geht es darum, Bürgerinnen und Bürger jetzt auch an der Aufschwungdividende teilhaben zu lassen. Deshalb hat sich die Koalition auf folgende fünf Punkte verständigt:

1. Mehr Steuergerechtigkeit: In zwei Schritten zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014 werden die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen im Volumen von insgesamt etwa sechs Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben werden. Die Entlastungswirkung wird in 2013 rd. 2 Milliarden Euro und in 2014 weitere rd. 4 Milliarden Euro betragen. Auch in Zukunft werden bei verfassungsrechtlich gebotenen Anhebungen des Grundfreibetrags regelmäßig Veränderungen im Tarifverlauf vorgenommen werden.
2. Mehr Unterstützung für Menschen mit Demenz und Einführung einer Demographiekomponente in der Pflege: Leistungen der Pflegeversicherung für Pflegebedürftige und deren Angehörige werden verbessert. Die Pflegeversicherung soll dafür 1,1 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt bekommen. Hierzu wird der Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2013 angehoben. Daneben wird die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zusätzlich zum heutigen System der kapitalgedeckten Altersvorsorge ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 steuerlich gefördert.
3. Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter 3 Jahren: Familien, die sich entschließen, das staatliche Angebot eines Krippenplatzes nicht in Anspruch zu nehmen, sondern ihre Kinder zu Hause zu betreuen, sollen von Januar 2013 an 100 Euro monatlich für 2-jährige, von Januar 2014 an 150 Euro für 2- und 3-jährige Kinder erhalten.
4. Stärkung des Arbeitsmarktes durch Einführung einer „blue card“: Damit ausländische Hochqualifizierte leichter nach Deutschland kommen und hier zum Wohlstand und Wachstum beitragen, wird das geforderte Mindesteinkommen von 66.000 Euro auf 48.000 Euro im Jahr abgesenkt.
5. Solides Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland: Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum werden Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im kommenden Jahr einmalig um zusätzlich eine Milliarde Euro angehoben. Neben diesen Beschlüssen wird sich der bevorstehende Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig auch mit Anträgen zur Ausgestaltung einer Lohnuntergrenze befassen. Die Findung dieser Grenzen soll allerdings den Tarifpartnern überlassen bleiben. Über konkrete Regelungen werden wir am kommenden Montag in Leipzig beraten.

Ihre

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus dem Parlament



Effektive Regulierung

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise** ziehen wir eine positive Bilanz über die nach der Finanzmarktkrise bereits umgesetzten, zahlreichen Maßnahmen zur Reform der Finanzmärkte.



Foto: dpa

Daneben heben wir die Bedeutung weiterer, noch laufender Regulierungsmaßnahmen hervor und mahnen die Umsetzung einzelner, noch notwendiger Initiativen an.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Reform der Finanzmärkte mit unverminderter Kraft weiter zu verfolgen, insbesondere auch international, und im europäischen Rahmen Einigungen herbeizuführen.

Besetzung der großen Straf- und Jugendkammern

In zweiter und dritter Lesung haben wir das **Gesetz über die Besetzung der großen Straf- und Jugendkammern in der Hauptverhandlung** verabschiedet.

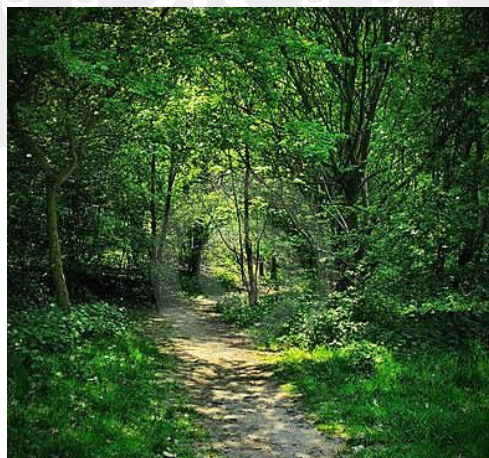
Das Gesetz soll den großen Strafkammern dauerhaft die bislang nur befristet eingeräumte Möglichkeit eröffnet werden, mit zwei Berufsrichtern und zwei Schöffen (anstatt mit drei Berufsrichtern und zwei Schöffen) zu verhandeln. Dieses gilt

nur, sofern nach gesetzlich näher definiertem Umfang und Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung eines dritten Richters nicht notwendig erscheint. Für bestimmte Fallkonstellationen wird eine verpflichtende Besetzung mit drei Berufsrichtern vorgeschrieben.



Waldstrategie

Die Bundesregierung hat in dieser Woche die **Waldstrategie 2020 – Nachhaltige Waldbewirtschaftung – eine gesellschaftliche Chance und Herausforderung** vorgestellt, welche die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Anforderungen und der gesellschaftlichen Erwartungen an den Wald darstellt und Lösungswege aufzeigt, um die steigenden Anforderungen an den Wald zu einem zukunftsfähigen Ausgleich zu bringen.



Hilfetelefongesetz

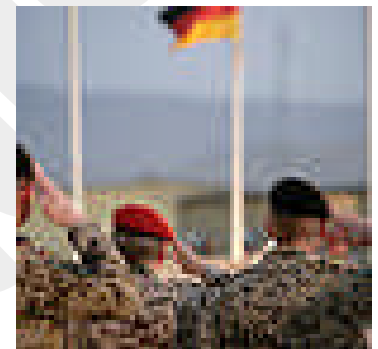
In Deutschland existiert ein Netz spezialisierter Facheinrichtungen, die gewaltbetroffene Frauen unterstützen und beraten.

In erster Lesung haben wir das **Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen** beraten.

Mit dem Gesetz wird ein zentrales Hilfetelefon beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingerichtet, um Zugangshindernisse zum bestehenden Unterstützungssystem zu beseitigen.

EU-Operation „ALTHEA“

Wir haben in dieser Woche die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ALTHEA“** zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina debattiert.



Das Mandat soll unverändert bei Absenkung der Personalobergrenze von 900 auf 800 Soldaten fortgeführt werden. Auch ein Jahr nach den Wahlen vom 3. Oktober 2010 bleibt die Lage in Bosnien und Herzegowina kompliziert. Die Regierungsbildung ist bis heute nicht erfolgreich abgeschlossen.

Annette Widmann-Mauz MdB

Die politische Lage in Deutschland



Koalition behält Mittelstand fest im Blick

Der deutsche Mittelstand ist Rückgrat und Stabilitätsgarant unserer Wirtschaft. Mit seiner Flexibilität und seinen Innovationen hat er großen Anteil daran, dass Deutschland stark aus der Krise gekommen ist und die Beschäftigung ein Rekordniveau erreicht hat. Die christlich-liberale Koalition will den Mittelstand weiter stärken, indem wir Vorschriften vereinfachen und Bürokratiekosten senken. Aus diesem Grund beschließen wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Weniger Bürokratie für den Mittelstand – Den Erfolgskurs fortsetzen“.

Noch vor fünf Jahren mussten die Unternehmen in Deutschland rund 50 Milliarden Euro im Jahr für Bürokratiekosten aufwenden, inzwischen sparen sie jährlich deutlich über zehn Milliarden Euro ein. Wir wollen diesen Weg weiter gehen und über die Informationspflichten hinaus den sogenannten Erfüllungsaufwand reduzieren, beispielsweise für die Aufbewahrung von Rechnungen und Belegen oder für zollrechtliche Nachweis-



regierung vielfältige Ansatzpunkte. Sie reichen von der Befreiung von Bilanzierungsvorschriften bei Kleinunternehmen über die Einschränkung der Schriftformerfordernis bis hin zu vereinfachten Zulassungsverfahren für

Kraftfahrzeuge. Der Bürokratieabbau soll auch nach dem bevorstehenden Erreichen des Ziels, 25 Prozent der Kosten aus Informationspflichten abzubauen, seine Dynamik behalten.



Foto:dpa

G20 erzielen große Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung

Unter den Gipfelergebnissen von Cannes stechen die Vereinbarungen zur Finanzmarktregulierung hervor. Die Staats- und Regierungschefs haben beschlossen, global systemrelevante Finanzinstitute (G-SIFIs) stärker zu regulieren. Dazu wurde eine Liste von 29 G-SIFIs veröffentlicht, die jedes Jahr im November aktualisiert wird. Für diese Banken, die bislang als "too big to fail" gelten, sollen Restrukturierungsverfahren entwickelt werden, damit in Zukunft im Konkursfall nicht der Steuerzahler eintreten muss.

Darüber hinaus müssen die Banken ihre Eigenkapitalquote erhöhen. Zu den betroffenen Finanzinstituten gehören aus Deutschland die Deutsche Bank und die Commerzbank. Überdies sollen die sogenannten Schattenbanken künftig überwacht werden. Dabei handelt es sich um Institutionen, die wie Banken handeln, aber nicht wie solche beaufsichtigt werden. Der Finanzstabilitätsrat (FSB) soll bis Ende 2012 Methoden entwickeln, um

riskante Spekulationsgeschäfte besser zu kontrollieren. Die G20 wollen außerdem den Derivatemarkt stärker kontrollieren und die Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen, den so genannten Credit Default Swaps (CDS), prüfen, die teilweise zur Spekulation gegen Staaten genutzt werden. Die G20 beherzigen damit ihr Vorhaben, wonach kein Akteur, kein Handelsplatz und kein Finanzmarkt-Instrument ohne wirksame Aufsicht und Regulierung sein darf.

Familienpolitik

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Grünen geht es uns in CDU und CSU in der Familienpolitik nicht um die Festschreibung eines bestimmten Lebensmodells.

Wir wollen Familien nicht auf ein bestimmtes Verhalten festlegen, sondern wirkliche Wahlfreiheit schaffen. Aus diesem Grund werden wir ab dem Jahr 2013 als zusätzliche Anerkennungs- und Unterstützungsleistung ein Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 Euro für das zweite und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes einführen.



Foto: dpa

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus der Bundesregierung



Widmann-Mauz auf der Tagung der Gesundheitsminister in Washington



Annette Widmann-Mauz hält die Keynote-Speech zur Eröffnung

In ihrer Eigenschaft als Parlamentarische Staatssekretärin und in Vertretung des Bundesministers für Gesundheit, nahm Annette Widmann-Mauz MdB vom 9.11.2011 – 10.11.2011 am hochrangigen Symposium des Commonwealth Funds zum Thema: „Erreichbarkeit eines gut funktionierenden und zukunftsfähigen Gesundheitssystems: Umkehrung der Kostenkurve“ in Washington D.C. teil.

Der Parlamentarischen Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB wurde dabei die Ehre zuteil die „Keynote-Speech“ bei der Eröffnung des Symposiums zu halten. Des Weiteren standen diverse bilaterale Gespräche, unter anderem mit der Gesundheitsministerin der USA Kathleen Sibelius an.

Im Zentrum der Veranstaltung, an der die Gesundheitsminister und Staatssekretäre aus England, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Frankreich, Neuseeland, den Niederlanden und Australien teilnahmen, standen die aktuellen Reformanstrengungen und künftigen Herausforderungen der einzelnen Länder für ein modernes, leistungsfähiges und bezahlbares Gesundheitswesen. Staatssekretärin Widmann-Mauz MdB, die die Maßnahmen der Bundesregierung darstellte, ging in ihrem Bericht auf die Anfang des Jahres in Kraft getretene GKV-Finanzierungsreform, das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz und das derzeit im Deutschen

im Deutschen Bundestag diskutierte GKV-Versorgungsstrukturgesetz ein.

Der Commonwealth Fund ist eine gemeinnützige Stiftung in den USA, die sich die Förderung eines qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems zum Ziel gesetzt hat. Sie führt dazu international vergleichende, gesundheitspolitische Studien und Seminare durch und fördert den Dialog zwischen staatlichen Institutionen und sonstigen Akteuren im Gesundheitsbereich.



Annette Widmann-Mauz mit Karin Johansson, Staatssekretärin beim schwedischen Minister für Gesundheit und soziale Angelegenheiten

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus dem Wahlkreis



Widmann-Mauz MdB: Gewinn für alle Generationen - Mehrgenerationenhäuser in Tübingen und Rangendingen überzeugen beim 2. Bundesförderprogramm

Die Mehrgenerationenhäuser in Deutschland konnten sich bis zum August 2011 um weitere staatliche Unterstützung bewerben. Wie das Bundesfamilienministerium der Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB nun mitteilte, wurden die Anträge des Mehrgenerationenhauses Tübingen – InFö e.V. und des Mehrgenerationenhauses in Rangendingen für das zweite Aktionsprogramm des Bundes berücksichtigt.

Widmann-Mauz MdB: „Die Aufnahme des Tübinger und Rangendinger Mehrgenerationenhauses in die neue Förderrunde des Bundes ist eine wunderbare Nachricht für alle Projektbeteiligten und Lohn die eine hervorragende Arbeit. Das heißt konkret: Jährlich weitere 40.000 Euro für die unverzichtbare und zum Großteil freiwillige Arbeit im Dienste des Miteinanders und des Austauschs der Generationen.“

Mit dem Folgeprogramm für insgesamt 450 Mehrgenerationenhäuser will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Mehrgenerationenhäuser auch in Zukunft mit ihrer Arbeit den Zusammenhalt der Generationen nachhaltig stärken und soziale Drehscheibe für Menschen jeden Alters sind.

„Die rege Beteiligung unserer Mehrgenerationenhäuser am Interessenbekundungsverfahren hat sich gelohnt. Die kreativen Konzepte und Ideen zur Weiterentwicklung und zur Sicherung des Weiterbestandes der Häuser in Tübingen und Rangendingen sind ein Gewinn für alle Generationen unserer Region. Besonders die Schwerpunkte Alter und Pflege, Integration und Bildung sowie Haushaltsnahe Dienstleistungen geben neue Antworten auf eine sich demografisch verändernde Gesellschaft“, erklärt Widmann-Mauz, die den Antrag Rangendingens als Patin des Mehrgenerationenhauses von Anfang an unterstützt hat.

Im Jahr 2008 haben die letzten der insgesamt 500 Mehrgenerationenhäuser des Bundes Aktionsprogramms ihre Arbeit aufgenommen, - davon 48 Häuser in Baden-Württemberg. Da die Förderung für die ersten Häuser Ende des Jahres ausläuft, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Folgeprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro bis 2014 aufgelegt. In jedem Mehrgenerationenhaus kann nun auch der neue Bundesfreiwilligendienst geleistet werden.

Widmann-Mauz MdB wird Beraterin der Deutschen Bischofskonferenz

Wie der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und Freiburger Erzbischof, Dr. Robert Zollitsch, in einem Schreiben an die Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mitteilt, wurde die CDU-Abgeordnete von der Deutschen Bischofskonferenz zur Beraterin der Kommission für caritative Fragen gewählt und ernannt.

Widmann-Mauz MdB über die Wahl: „Das Vertrauen der Bischöfe in meine Erfahrungen im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik ehrt mich sehr. Ich werde die neue Aufgabe gewissenhaft wahrnehmen und meinen Beitrag dazu leisten, damit der caritative Dienst am Menschen auch in Zukunft attraktiv und eine Erfolgsgeschichte bleibt.“

Vorsitzender der Kommission für caritative Fragen ist der neue Berliner Erzbischof Dr. Rainer Maria Woelki. Neben ihm gehören dem Gremium sieben Weihbischöfe und elf Expertinnen und Experten aus dem Bereich Kirche und Soziales an. Die Arbeit der Kommission umfasst die Analyse sozialer Probleme und gesellschaftlicher Herausforderungen sowie die Formulierung von Lösungs- und Handlungsansätzen für die caritative Arbeit der Kirche.

„In meiner parlamentarischen Arbeit und auch im Wahlkreis stehe ich im intensiven Dialog mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie Trägerorganisationen, wenn es um die Gestaltung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und bezahlbaren Gesundheitsversorgung sowie einer menschenwürdigen Pflege geht. Die künftige Arbeit mit dem größten kirchlichen Wohlfahrtsverband ist eine gute Chance, diesen konstruktiven Gedankenaustausch auszubauen“, erklärt die Christdemokratin.

Die Arbeitsperiode der Kommission für caritative Fragen dauert bis zur Herbst-Vollversammlung 2016. Gewählt wurde Widmann-Mauz MdB bei der diesjährigen Herbst-Vollversammlung im Oktober. Rund 507.477 Menschen arbeiten beruflich in den 24.373 Einrichtungen und Diensten, die der Caritas bundesweit angeschlossen sind. Sie werden von rund 500.000 Ehrenamtlichen und Freiwilligen unterstützt. Das ergab die Erhebung der Caritas Ende 2008.

Annette Widmann-Mauz MdB

Daten und Fakten



Deutsche führen internationales Feld der Sparer an

Momentan legen die deutschen Haushalte jeden zehnten Euro beiseite. Damit steht Deutschland mit seiner Sparquote an der internationalen Spitze. In den Vereinigten Staaten etwa sparen die Einwohner nur 5,5% ihres Einkommens, in Polen ist die Sparquote mit 4,6% sogar noch geringer.

Auch innerhalb Deutschlands sind Differenzen wahrzunehmen. So sparten die Baden-Württemberger mit rund 12% ihres Einkommens den höchsten Betrag, die Einwohner Bremens hingegen mit 8,5% den niedrigsten.

Durch die aktuelle Schuldenkrise ändert sich zudem die Anlageform. Nach einer Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes halten aktuell nur noch 28% der Deutschen eine Lebensversicherung für die sicherste Anlage, im Jahr 2010 taten dies noch 46%. Auch in die private Rentenversicherung ist das Vertrauen von 38% auf 25% geschrumpft. Gefragt sind hingegen Investitionen in Immobilien: Fast die Hälfte der Deutschen bevorzugt das Eigenheim als Anlageform für den Vermögensaufbau.

(Quelle: Institut für Wirtschaft Köln)



Kindertagespflege 2011: Zahl der betreuten Kinder steigt um 10,5%

Die Zahl der Kinder, die von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut werden, hat weiter zugenommen. Zum Stichtag 1. März 2011 haben bundesweit die Eltern von 124.000 Kindern das Angebot der öffentlich geförderten Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und -betreuung in Anspruch genommen. Dies entspricht einem Anstieg von 10,5% gegenüber dem Vorjahr.

Zum Stichtag 1. März 2010 waren es 112.000 Kinder (+13,5% gegenüber 2009). Hauptsächlich nutzen Eltern von unter Dreijährigen die Kindertagespflege. Im März 2011

waren insgesamt rund 80.000 der insgesamt 124.000 Kinder in Tagespflege jünger als drei Jahre (64%). Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8.000 beziehungsweise 11% erhöht. Bundesweit wurden damit 3,9% aller Kinder dieser Altersgruppe von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. Zwischen März 2009 und März 2010 lag der Zuwachs bei 11.000 (+18%).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



Foto: dpa

Arbeitsmarkt im Oktober 2011

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober weiter gesunken. Im Oktober waren 2,737 Millionen Menschen ohne Arbeit und damit 59.000 weniger als noch im September.

Die Arbeitslosenquote sank daher leicht um 0,1 Punkte auf 6,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat befanden sich 204.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Zudem erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit rund 41,31 Millionen Personen im September 2011 einen neuerlichen Höchststand.

(Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt)

